

Pressemitteilung

Trotz Rekordbeschäftigung weiterhin über 78.000 Verbraucherinsolvenzen – BDIU: »Es gibt einen Sockel an harter Überschuldung«

Inkasso-Umfrage: Zahlungsmoral zwar weiterhin gut, aber mit leichter Tendenzen nach unten

Berlin, 19. Januar 2017 – Die deutsche Konjunktur profitiert von Tiefständen bei Arbeitslosen- und Unternehmensinsolvenz-Zahlen – dennoch meldeten fast 78.000 Personen 2016 ein Verbraucherinsolvenzverfahren an. Gründe für eine Verbraucherinsolvenz sind laut einer aktuellen Umfrage der Inkassounternehmen neben unplanbaren Lebensereignissen wie Jobverlust oder Krankheit immer häufiger auch ein unkontrolliertes Konsumverhalten sowie die Tatsache, dass die Betroffenen den Überblick über ihre finanziellen Verpflichtungen verloren haben. Offenbar gibt es einen Sockel an harter Überschuldung, der sich auch durch eine sehr gute Konjunkturentwicklung nicht abbauen lässt. Wichtig seien laut Inkassobranche daher eine bessere Verbraucherbildung sowie mehr außergerichtliche Einigungen zwischen Gläubigern und Schuldern, wie sie zum Beispiel die Marianne von Weizsäcker Stiftung durchführt. BDIU-Präsidentin Kirsten Pedd: »Die Überschuldung der privaten Haushalte ist ein Hemmnis für die Wirtschaftskraft in diesem Land. Sie muss abgebaut werden. Dafür müssen alle Beteiligten bereit sein, sich zu bewegen.«

Pressekontakt:

Bundesverband Deutscher
Inkasso-Unternehmen e.V.
Friedrichstraße 50–55
10117 Berlin

Ihr Ansprechpartner: Marco Weber
Telefon: 030/2 06 07 36-40
Telefax: 030/2 06 07 36-33
E-Mail: weber@inkasso.de

www.twitter.com/BDIU_inkasso_de



Zahlungsmoral konsolidiert auf hohem Niveau – sendet allerdings erste Schwächesignale

Die Zahlungsmoral in Deutschland ist zum Jahresbeginn 2017 weiterhin gut. Das melden jetzt die Inkassounternehmen. In der traditionellen Branchenumfrage unter den 560 Mitgliedern des Bundesverbands Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V. (BDIU), Berlin, berichten 65 Prozent, dass Rechnungen jetzt genauso gut wie auch vor sechs Monaten beglichen werden. 21 Prozent beobachten sogar eine bessere Zahlungsmoral.

Damit fallen die Werte nur leicht schwächer aus als noch im Sommer 2016. Damals hatten immerhin 90 Prozent der Inkassounternehmen eine gleichbleibende bis bessere Zahlungsmoral beobachtet.

»Zu Jahresbeginn 2017 stellen wir fest: Die Rechnungstreue der privaten Verbraucher und der Unternehmen konsolidiert auf einem sehr hohen Niveau. Das wirtschaftliche Umfeld für die Gläubiger sieht damit weiterhin ausgesprochen positiv aus«, kommentiert Kirsten Pedd, Präsidentin des Inkasso-Bundesverbands, die Ergebnisse der Zahlungsmoral-Umfrage am Donnerstag in Berlin.

Binnennachfrage top – Pedd: »Wissen aber nicht, wie lange die Puste beim Aufschwung noch hält«

»Vor allem die Verbraucher profitieren von den derzeit guten wirtschaftlichen Vorzeichen«, so Pedd weiter. »Die deutsche Wirtschaft eilt von Rekord zu Rekord. Die Arbeitslosigkeit ist 2016 noch einmal gesunken, und die Beschäftigtenzahlen sind sogar auf den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung geklettert. Die meisten Privathaushalte sind wirtschaftlich sehr gut aufgestellt und haben ausreichend Geld im Portemonnaie, um ihre finanziellen Verpflichtungen vereinbarungsgemäß zu bedienen. Wir wissen aber nicht, wie lange die Puste beim Aufschwung noch hält – drängende Fragen, die sich stellen, sind unter anderem: Wie hart wird der Brexit und kann unsere Wirtschaft die Folgen eines solchen Bebens abfedern? Welche Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit unserer exportorientierten Unter-



nehmen wird die Präsidentschaft von Donald Trump in den USA haben? Sollte es tatsächlich auf mehr Protektionismus und Einschränkungen für den freien Handel hinauslaufen, wären das denkbar schlechte Vorzeichen für ein weiteres Wachstum.

Trotz vieler Fragezeichen sind die kurzfristigen Aussichten aber immer noch positiv. Denn: Die Konjunktur hierzulande wird auch in diesem Jahr von der Binnennachfrage getragen.«

Rechnungstreue: Onlinehändler mit vergleichsweise vielen Zahlungsmuffeln

Die Inkasso-Umfrage belegt: Die private Zahlungsmoral ist aktuell sogar noch besser als die der gewerblichen Schuldner. Im direkten Vergleich berichten 23 Prozent der Befragten, dass Verbraucher jetzt ihre Rechnungen besser bezahlen als noch im Sommer 2016. Für gewerbliche Schuldner machen dagegen nur 17 Prozent der Inkassounternehmen eine entsprechende Angabe.

»Doch die Unternehmen müssen sich gerade angesichts der großen Konsumfreude der Verbraucher vor Risiken wappnen«, warnt Pedd.

Denn nach wie vor gibt es einige Branchen, die unter einer schlechten Rechnungstreue der Kunden leiden. Und es sind vor allem die Konsumbranchen, die das betrifft.

48 Prozent der Inkassounternehmen melden, dass der Online-beziehungsweise der Versandhandel Schwierigkeiten mit unzuverlässigen Zahlern auf der Kundenseite hat. Weitere Problembranchen hinsichtlich der Zahlungsmoral sind demnach das Handwerk (39 Prozent der Inkassounternehmen berichten das), die Dienstleistungsbranche allgemein (36 Prozent) sowie Fitnessstudios, deren Kunden die Mitgliedsbeiträge nicht wie vereinbart begleichen (was 34 Prozent der Inkassounternehmen melden).

»Wir beobachten durchaus eine gewisse Nachlässigkeit bei einigen Verbrauchern, was das Einhalten von vertraglichen Verpflichtungen angeht«, erklärt BDIU-Präsidentin Pedd. »Gerade im Onlinehandel lassen es manche Kunden gerne mal auf die erste oder zweite Mahnung ankommen.«



Nur 20 Prozent der Inkassounternehmen beobachten aktuell, dass private Schuldner Rechnungen aus Vergesslichkeit nicht bezahlt haben. Dagegen stehen allerdings 54 Prozent, die von einem vorsätzlichen Nichtbezahlen berichten. Pedd: »Mancher Kunde denkt: Mir wird schon nichts passieren, wenn ich nicht bezahle. Das ist purer Egoismus, für den der Gläubiger die Zechen zahlen muss. Kleine Onlineshops und Start-ups kann das hart treffen, sie müssen knapp kalkulieren und sind dazu gezwungen, die Kosten, die die Zahlungsmuffel verursachen, auf die Preise für alle Kunden umzulegen. So zahlt der redliche Kunde den Preis für den unehrlichen mit.«

Deutlich verbessert hat sich die Zahlungsmoral bei Energieversorgern. Noch vor einem Jahr meldeten fast die Hälfte (47 Prozent) der Inkassounternehmen, dass diese Branche Probleme mit der Rechnungstreue der Kunden hat. Jetzt sind es nur noch 35 Prozent. »Das ist Ausdruck der guten Konjunktur – und natürlich auch eine positive Folge der niedrigen Energiekosten«, so Pedd. »Wenn hier die Preise steigen, wird wohl auch die Zahlungsmoral wieder nachlassen.«

Öffentliche Hand mit schlechter Zahlungsmoral – trotz sprudelnder Steuereinnahmen

Schlechte Noten stellen die Inkassounternehmen dagegen der öffentlichen Hand bei ihrem Zahlungsverhalten aus. 89 Prozent der Umfrageteilnehmer berichten, dass die Rechnungstreue öffentlicher Auftraggeber unverändert schlecht ist – 8 Prozent haben sogar eine weitere Verschlechterung beobachtet. Pedd: »Die Steuereinnahmen sprudeln, und dennoch müssen Handwerker und Baufirmen, die Aufträge etwa für Städte und Gemeinden ausführen, um jeden Cent ihrer Rechnungen bangen. Das ist paradox. Die öffentliche Hand ist ein wichtiger Auftraggeber, und sie hat eine Vorbildfunktion. Diese sollte sie auch beim Zahlungsverhalten ausüben.« Ein Grund für das laxen Zahlungsverhalten sei, dass viele kommunale Haushalte nach wie vor schlecht finanziert sind und auch das eigene Forderungsmanagement der Kommunen verbessert werden könnte. Pedd sieht in diesem Zusammenhang durchaus weitere Einnahmepotenziale



für die Kämmerer. »Die kommunalen Forderungen summieren sich auf über 21 Milliarden Euro«, so die Verbandspräsidentin. »Mit einem effizienteren Forderungsmanagement könnten Kämmerer diesen Fehlbetrag zumindest reduzieren. Vielerorts geht man bereits die richtigen Schritte: Kommunen organisieren ihr Forderungsmanagement neu, zentralisieren es und orientieren sich dabei an erfolgreichen Beispielen aus der privaten Wirtschaft. Einige holen sich auch Rat bei Inkassounternehmen oder beauftragen diese. Das«, so Pedd, »ist im Übrigen etwas, was andere öffentliche Institutionen bereits praktizieren, etwa die Bundesagentur für Arbeit oder der Beitragsservice der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten.« Pedd hält in diesen Fällen die Zusammenarbeit öffentlicher und privater Institutionen für sinnvoll und erforderlich. »Die offenen Forderungen, die so realisiert werden, sind letztlich das Geld der Bürgerinnen und Bürger. Sie haben ein Recht darauf, dass alle notwendigen Maßnahmen durchgeführt werden, damit diese Zahlungsansprüche durchgesetzt werden können.«

Inkassounternehmen warnen vor Fake-Mahnungen

Inkasso, so Pedd, sei eine wichtige Rechtsdienstleistung, die Gläubigern und Verbrauchern gleichermaßen nutze. Die damit verbundene Verantwortung nähmen die Unternehmen sehr ernst. »Bereits im ersten Mahnschreiben legen Inkassounternehmen klar und deutlich dar, um welche Forderung es geht und wer der Auftraggeber beziehungsweise der Gläubiger ist.« Trotzdem sollten Verbraucher, die Mahnungen von einem Inkassounternehmen erhalten, diese keinesfalls ungeprüft bezahlen. »Es gibt leider immer mehr Fälle von Fake-Mahnungen, in denen Betrüger Logos und Mail-Adressen seriöser Firmen verwenden, um ihren falschen Forderungen Nachdruck zu verleihen.« Jedes neunte BDIU-Mitgliedsunternehmen war schon einmal von einem solchen Betrugsfall betroffen. Verbraucher sollten, so Pedd, Forderungen daher stets auf ihre Plausibilität prüfen. Sollte die Kontoverbindung, auf die Zahlung verlangt wird, ins Ausland führen – zu erkennen an den ersten beiden Buchstaben der IBAN – sei Skepsis angesagt. Außerdem sei ein Check unter



www.rechtsdienstleistungsregister.de sinnvoll. »Hier sind alle Unternehmen, die in Deutschland Inkasso durchführen dürfen, gelistet«, so Pedd. »Wen Sie hier nicht finden, der darf Ihnen auch keine Inkasso-Mahnung ausstellen.«

Unternehmensinsolvenzen auf Rekordtief – Gläubigerschäden steigen trotzdem

Bei den Unternehmensinsolvenzen erwarten die Inkassounternehmen eine weitere Konsolidierung – wenn auch mit abgeflachter Tendenz. 2016 waren die Pleiten das siebte Jahr in Folge zurückgegangen, den letzten Anstieg hatte es 2009 im Zuge der Finanzkrise gegeben. Damals waren 32.687 Firmen zahlungsunfähig geworden. Vergangenes Jahr traf dieses Schicksal nur noch rund 22.000 Unternehmen, das entspricht einem Rückgang von fast 5 Prozent gegenüber 2015.

Für Gläubiger waren die Insolvenzen dennoch teuer. Denn die Amtsgerichte verzeichneten einen deutlichen Anstieg der Insolvenzschäden. Alleine in den ersten drei Quartalen kletterten diese von 13,3 auf 21,4 Milliarden Euro. Grund: Es traf 2016 mehr wirtschaftlich bedeutende Firmen, als das im Vorjahr der Fall war.

»Der Anstieg bei den Insolvenzschäden belegt: Unternehmen müssen sich gerade in guten Zeiten, wenn das Geld dafür da ist, gegen die erheblichen Risiken einer Insolvenz wappnen«, so Pedd. »Ein Blick auf die Nichtzahlgründe in unserer Umfrage legt nahe, welche Stellschrauben die Firmen dabei justieren sollten.«

Beim Zahlungsverhalten von gewerblichen Schuldnern beobachten die Inkassounternehmen aktuell Veränderungen. 76 Prozent melden jetzt, dass ein momentaner Liquiditätsengpass der Grund ist, warum Firmen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Vor einem Jahr lag dieser Wert bei lediglich 62 Prozent. 41 Prozent berichten von einer schlechten Auftragslage bei gewerblichen Schuldnern (2016: 29 Prozent). 62 Prozent berichten außerdem, dass hohe Zahlungsausfälle bei eigenen Kunden der Grund für schlechte Firmen-Zahlungsmoral ist. Das ist der



Dominoeffekt: Zahlen die Kunden nicht, dann fehlt den Unternehmen das Geld, um die eigenen Forderungen zu bedienen. »Der beste Schutzschild gegen Forderungsverluste ist ein professionelles Forderungsmanagement«, so Pedd, »gegebenenfalls mit Unterstützung externer Dienstleister. So können sich Unternehmen auch für die Zeit wappnen, wenn sich die konjunkturelle Wetterlage wieder drehen sollte.«

Für dieses Jahr rechnen die Inkassounternehmen nur noch mit einem leichten Rückgang der Firmenpleiten auf circa 21.500.

Auch bei ihrer Prognose zur Zahlungsmoral sind die Forderungsmanager verhalten. Fast ein Drittel (27 Prozent) erwarten, dass sich die Rechnungstreue in den kommenden Monaten verschlechtern wird – wenn auch die Mehrheit von 62 Prozent mit keinen großen Veränderungen bei der Zahlungsmoral rechnet.

Kaum Rückgang bei Verbraucherinsolvenzen – Kremer: »Es gibt einen Sockel an Überschuldung«

Nicht ganz so deutlich wie bei den Unternehmensinsolvenzen fällt derzeit der Rückgang bei den Verbraucherinsolvenzen aus. Deren Zahl ging 2016 auf 78.200 zurück, etwa 2 Prozent weniger als im Vorjahr. Dem steht allerdings die Zahl von 6,8 Millionen verschuldeten Verbrauchern gegenüber. Diese Zahl war nach Angaben von Creditreform zuletzt sogar noch gestiegen, und das trotz Rekordbeschäftigung und niedriger Arbeitslosigkeit.

»Es scheint, als gäbe es hier einen Sockel an harter Überschuldung, der sich auch durch eine optimal laufende Konjunktur nicht abbauen lässt«, erklärt Marion Kremer, Vizepräsidentin des BDIU. »Für unsere Wirtschaft, die in wesentlichen Teilen auf dem privaten Konsum aufbaut, ist das ein erhebliches Problem.«

Die Inkasso-Umfrage bestätigt zunächst die Positivtrends. Nur noch 42 Prozent der Inkassounternehmen melden, dass Arbeitslosigkeit der Grund ist, warum private Verbraucher Zahlungen nicht leisten. 2009, auf dem Höhepunkt der Finanzkrise, lag dieser Wert noch bei 83 Prozent. »Wer einen Job hat und über re-



gelmäßiges Einkommen verfügt, kann auch seine Rechnungen bezahlen«, so Marion Kremer. »Damit das so bleiben kann, muss jeder Akteur in der Wirtschaft verantwortungsvoll mit den ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen umgehen. Jeder weiß ja eigentlich: Man kann nur das Geld ausgeben, das man hat. Mit dieser Einstellung kann man sich übrigens gut vor Überschuldung schützen.«

Nach Beobachtung der Inkassounternehmen ist Überschuldung der Hauptgrund, warum zum Jahresbeginn 2017 private Schuldner Rechnungen nicht bezahlen. Das bestätigen 80 Prozent in der Umfrage. 64 Prozent der BDIU-Firmen beobachten ein unkontrolliertes Konsumverhalten als Nichtzahlgrund.

»Das betrifft vor allem jüngere Schuldner«, erklärt Marion Kremer, »also Verbraucher, die gerade erst am Anfang ihrer wirtschaftlichen Existenz stehen.«

Befragt nach den Gründen, warum junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren Schulden haben, sagen 85 Prozent der Inkassounternehmen, dass die Betroffenen generell zu hohe Konsumausgaben hätten. Weitere Gründe sind nach Erfahrung der Rechtsdienstleister ein zu gering ausgeprägter Sinn für Eigenverantwortung bei jungen Schuldnern (72 Prozent machen eine solche Angabe), ein bereits durch das Elternhaus vorgelebtes schlechtes Vorbild in Sachen Zahlungsverpflichtungen (61 Prozent), zu wenige Kenntnisse über vertragliche Verpflichtungen, etwa bei Käufen im Netz oder über das Smartphone (59 Prozent) sowie generell zu wenige Kenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge (53 Prozent).

Kremer: »Unser Wirtschaftsleben wird immer komplexer. Früher ging man zum Einkaufen ins Geschäft. Heute kann man das zu Hause am Rechner erledigen oder sogar unterwegs mit dem Smartphone. Das heißt aber auch, dass man sich darüber klar sein muss, welche finanziellen und vertraglichen Verpflichtungen durch solche alltägliche Handlungen entstehen. Klar ist: Nicht zuletzt durch die Digitalisierung steigen die Ansprüche an jeden von uns. Der selbstbestimmte, eigenverantwortlich handelnde Verbraucher, der auch unser Leitbild ist, braucht heute im Alltag mehr Wissen als früher – und unser Bildungssystem muss



das berücksichtigen. Finanzkompetenz im Alltag sollte idealerweise ein eigenes Schulfach werden – oder aber als fester Bestandteil fächerübergreifend im Lehrplan integriert sein. Denn was nützt es unserer Wirtschaft, wenn die Qualität der Schulabschlüsse und des vermittelten Wissens steigt, andererseits aber die finanzielle Kompetenz im Alltagsleben fehlt beziehungsweise nicht ausreichend ist?«

Junge Verbraucher wegen zu hoher Konsumausgaben verschuldet

Kremer hält es für wichtig, bei Schülern und jungen Verbrauchern mit Aufklärung und Prävention anzusetzen, damit diese nicht die »Schuldner von morgen werden«, so die BDIU-Vizepräsidentin. Eine weitere Zahl aus der Umfrage gibt ihr bei dieser Forderung Recht. 62 Prozent der BDIU-Firmen sagen, dass Jugendliche schlechter zahlen als Erwachsene (25 Jahre und älter). Nur 5 Prozent attestieren jungen Verbrauchern eine im Vergleich positive Zahlungsmoral.

Befragt nach den typischen Gläubigern junger Schuldner (18 bis 24 Jahre), nennen 86 Prozent der Inkassounternehmen Telekommunikationsfirmen. Zudem haben sehr häufig auch Onlinehändler (82 Prozent machen eine entsprechende Angabe in der Umfrage) und Betreiber von Fitnessstudios (69 Prozent) Forderungen gegenüber jüngeren Verbrauchern. »Alles klassische Konsumschulden«, kritisiert Marion Kremer, »also Ausgaben für nicht nachhaltige Dinge.«

Erwachsene Schuldner (25 bis 59 Jahre) haben dagegen vor allem Verbindlichkeiten bei Banken beziehungsweise Kreditinstituten, wie 81 Prozent der Inkassounternehmen melden. Erst mit größerem Abstand folgen auf den weiteren Plätzen Energieversorger (58 Prozent), Onlinehändler (ebenfalls 58 Prozent) und Vermieter (57 Prozent). Zwar stehen bei älteren Schuldnern (60 plus) ebenfalls Banken und Kreditinstitute an erster Stelle der Gläubigerliste (73 Prozent) – gefolgt von Energieversorgern (62 Prozent) –, aber schon auf Platz drei folgen Zahlungen für Ärzte oder Gesundheitskosten (55 Prozent), was den im Alter sich ändernden Lebensumständen geschuldet ist.



Unbürokratische Entschuldungsmaßnahmen – Weizsäcker Stiftung engagiert sich für Überschuldete

Beim Thema Überschuldung setzt Kremer jedoch nicht nur auf Aufklärung. »Menschen, die andauernde finanzielle Probleme haben – bei denen also die Ausgaben dauerhaft höher sind als die zur Verfügung stehenden Einnahmen –, schaffen es häufig nicht aus eigener Kraft, ihre wirtschaftliche Situation zu bereinigen. Sie brauchen dafür Hilfe und Unterstützung, zum Beispiel im Umgang mit den Gläubigern. Gemeinnützige Institutionen wie die Marianne von Weizsäcker Stiftung leisten hier einen wichtigen Beitrag.«

Ziel der Marianne von Weizsäcker Stiftung ist es, ehemals suchtkranke Menschen bei der beruflichen und sozialen Integration zu unterstützen. Ein wichtiger Punkt ist dabei der Abbau der Schuldenlast, die sehr häufig in der Zeit der Abhängigkeit entstanden ist. Dafür setzt die Stiftung vor allem auf außergerichtliche Lösungen, wie Rita Hornung, Geschäftsführerin der Weizsäcker Stiftung, beschreibt: »Wir kümmern uns um individuelle, unbürokratische Lösungen und geben Menschen, die mit ihrer Schulden Situation verunsichert und überfordert sind, Sicherheit und Vertrauen.«

Betroffene, um die sich die Stiftung kümmert, haben im Schnitt Schulden in Höhe von rund 10.000 Euro. »Wir verhandeln mit den Gläubigern unserer Klienten und versuchen dabei zunächst, die Höhe der Forderungen zu reduzieren, abgestimmt auf die maximale Leistungsfähigkeit der Betroffenen«, erklärt Rita Hornung. »Für diese Vergleichssumme stellt die Stiftung entsprechende Darlehen zur Verfügung, sodass die Betroffenen nur noch eine Rate auf überschaubare Zeit an nur einen einzigen Gläubiger – also die Weizsäcker Stiftung – zahlen müssen. Für den einzelnen ist das eine große Entlastung, und es stellt zugleich die Weichen für eine erfolgreiche berufliche Wiedereingliederung.«

Die Stiftung wurde bereits vor gut 25 Jahren von der Ehefrau des damaligen Bundespräsidenten ins Leben gerufen. Marianne von Weizsäcker begründet diesen Schritt mit sozialer Verantwortung: »Die Menschen, die ihren Weg in ein wieder drogenfreies



Leben begonnen haben, brauchen unsere Unterstützung, um ihr Leben neu ordnen zu können«, sagt sie. Und diese Arbeit ist sehr erfolgreich. Bis heute hat ihre Organisation über 5.000 Betroffenen durch Entschuldungsmaßnahmen einen wirtschaftlichen Neuanfang ermöglicht.

Auch für Gläubiger sind solche Entschuldungen sinnvoll, sagt Stiftungs-Geschäftsführerin Rita Hornung – obwohl diese dabei auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen. »Wir erstellen für jeden einzelnen Betroffenen ein sorgfältig geprüftes Sanierungskonzept mit dem Ziel einer Gesamtanierung durch Teilerlass-Vergleich«, erklärt Hornung. »Die Gläubiger erhalten so eine schnelle und kostengünstige Lösung und bekommen zumindest noch einen Teil ihrer Forderungen beglichen. Wenn die Betroffenen stattdessen ein Verbraucherinsolvenzverfahren anstreben würden, würden die Erlöse für die Gläubiger aller Erfahrung nach nur einen Bruchteil dessen betragen, was wir als Stiftung für sie erzielen können.«

BDIU-Vizepräsidentin Marion Kremer sieht das ebenfalls positiv. »Sich außergerichtlich zu einigen kann für beide Seiten, also Schuldner und Gläubiger, Sinn machen«, sagt sie. »Außergerichtliche Lösungen sind vergleichsweise unbürokratisch und vor allem lassen sie sich in einem zeitlich überschaubaren Rahmen realisieren – ein Insolvenzverfahren dagegen dauert bis zu sechs Jahre.«

Außergerichtliche Einigungen für Gläubiger und Schuldner vorteilhaft

Inkassounternehmen machen in der Regel gute Erfahrungen mit außergerichtlichen Einigungen. In der Umfrage sollten die BDIU-Mitglieder die maximal möglichen Realisierungsquoten bei Verbraucherinsolvenzverfahren mit denen bei außergerichtlichen Einigungen vergleichen. Die Unterschiede sind deutlich. Immerhin bis zu 42 Prozent der Forderungssummen könnten demnach im Durchschnitt realisiert werden, wenn sich Gläubiger und Schuldner auf tragfähige außergerichtliche Lösungen einigen. Bei gerichtlichen Verfahren liegt die Maximalquote dagegen mit 9 Prozent erheblich niedriger. Ein Grund: Im gerichtli-



chen Verfahren müssen aus der zur Verfügung stehenden Masse zunächst die Kosten des Verfahrens gedeckt werden, dazu zählen Kosten für das Gericht sowie für den Treuhänder beziehungsweise Insolvenzverwalter. Im Durchschnitt betragen diese etwa 2.000 Euro. »Zur Deckung der Gläubigerforderungen bleibt dann meist kein Geld mehr übrig«, so Kremer – die es gleichzeitig wichtig findet, die Ursachen von Überschuldung besser zu bekämpfen und dabei wiederum auf Ergebnisse der Inkasso-Umfrage verweist:

Die Inkassounternehmen sollten nämlich in der Umfrage auch beantworten, welche Gründe nach ihrer Einschätzung hauptsächlich dazu führen, dass Menschen ein Verbraucherinsolvenzverfahren beantragen. 85 Prozent gehen davon aus, dass die Betroffenen schlichtweg den Überblick über ihre zahlreichen finanziellen Verpflichtungen verloren haben, 75 Prozent nennen vor allem eine nachhaltige Überschuldung als Grund, zudem beobachten 65 Prozent bei den Betroffenen ein unkontrolliertes Konsumverhalten. »Überschuldung ist ein Prozess. Sie tritt nicht von heute auf morgen ein. Daher gibt es auch nicht die eine entscheidende Ursache, die Menschen dazu veranlasst, ein Verbraucherinsolvenzverfahren anzustrengen«, sagt Marion Kremer. »Oft sind es unplanbare Lebensereignisse wie eine Krankheit, der Tod des Ehepartners oder der Verlust des Jobs, die eine eigentlich solide Haushaltsplanung ins Wanken bringen können. Kommt dann aber eine mangelhafte finanzielle Bildung hinzu, ist der Weg in die Überschuldung fast schon vorgezeichnet. Und das muss nicht sein. Wir müssen durch bessere Bildung allen Verbrauchern in Deutschland Angebote verschaffen, in unserem komplexen Wirtschaftsleben zurechtzukommen, Schulden zu vermeiden und damit Chancen für den eigenen wirtschaftlichen Erfolg nutzen zu können.«

Weizsäcker Stiftung und BDIU engagieren sich in Stephan-Kommission

Rita Hornung verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Arbeit der sogenannten Stephan-Kommission. In ihr beraten sich Vertreter von Gläubiger- und Schuldnerberaterverbänden schon



seit einigen Jahren mit dem Ziel, bessere und schnellere Lösungen aus Verschuldungssituationen zu entwickeln. »Die Stephan-Kommission ist ein Pilotprojekt«, so Rita Hornung, »das dazu beitragen soll, auf beiden Seiten das Verständnis für die Situation des jeweiligen Gegenübers zu stärken. Schuldnerberater wollen für ihre Klienten einen möglichst einfachen und gangbaren Weg finden, damit diese von ihrer Schuldenlast befreit werden, um dann wirtschaftlich wieder auf eigenen Füßen stehen zu können. Gläubiger dagegen haben berechnete Zahlungsansprüche und haben natürlich einen Anspruch darauf, diese durchzusetzen. Dabei auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, ist nicht immer einfach, und die Lösung muss auch nicht zwangsläufig immer in der Mitte liegen. Aber die Erfahrung zeigt, dass außergerichtliche Einigungen mit verbindlichen Verpflichtungen für beide Seiten die besten Ergebnisse bringen. Diese außergerichtlichen Einigungen zu stärken und dadurch verlässliche Bedingungen für die Schuldner- und die Gläubigerseite zu schaffen, ist eines der wichtigsten Ziele der Stephan-Kommission.«

Pedd: »Überschuldung ist Wachstumshemmnis« – »Alle Seiten müssen sich bewegen«

Auch der BDIU ist in der Stephan-Kommission beteiligt. Verbandspräsidentin Kirsten Pedd stimmt zu: »Die Überschuldung der privaten Haushalte ist ein Hemmnis für die Wirtschaftskraft in diesem Land. Wir – Wirtschaft, Verbraucher und die Politik – müssen gemeinsam mehr dafür tun, dass diese Überschuldung abgebaut wird. Dafür müssen alle auch bereit sein, sich zu bewegen. Für die Gläubiger heißt das dann oft, in den sauren Apfel zu beißen und auf Teile ihrer Forderungen zu verzichten. Aber auch die Schuldner müssen in diesem Prozess ihren Beitrag leisten: Sie müssen sich auf verlässliche Zusagen verpflichten und zur offenen Kommunikation bereit sein. Am Ende gewinnen aber alle. Denn die Schuldner von heute können die guten Kunden von morgen werden – wenn sie bereit sind, sich mit ihren Gläubigern auf tragfähige Einigungen zu verständigen.«

